

abzugrenzen, so gelingt das mit solcher Art Auskunftsverweigerung mühelos. Die Überschriften in der Presse treffen schon zu: »Lafontaines Vermächtnis« (*Süddeutsche Zeitung*, 23. März 2010) und »Programm gegen das Regieren« (*Tagesspiegel*).

Im Deutschen Bundestag hat Die Linke wie ihre Vorgängerfraktion, die PDS, bisher noch jeden Auslandseinsatz deutscher Soldaten, sei es in Nato-, EU- oder UNO-geführten Missionen, abgelehnt. Damit mag die Partei sich bei einem Teil ihres Publikums als wahre und einzige konsequente Friedenskraft im Parlament profilieren – dem Weltfrieden und ihrer eigenen Politikfähigkeit hilft solcher Primitiv-Dogmatismus allerdings gar nichts.

Manchen der linken Bundestagsabgeordneten ist bei den Debatten und Abstimmungen zu UN-Einsätzen wie dem vor der Küste des Libanon (UNIFIL) durchaus anzumerken, wie unwohl sie sich bei ihrem stereotypen »Nein« fühlen. Eine bemerkenswerte Lockerungsübung gab es immerhin schon einmal bei den Sudan-Mandaten, wo es um wenige deutsche UN-Militärbeobachter und technische Hilfe für die

Friedensmission der Afrikanischen Union geht: Einige linke Abgeordnete enthielten sich der Stimme – und bekamen in ihrer Fraktion offenbar keine Klassenkeile.

So weit Die Linke sich im außen- und sicherheitspolitischen Feld bewegen müsste, um mit Rot-Grün koalitions- und regierungsfähig zu werden, so nah liegt diese Partei in einer anderen Frage zur Zeit bei CDU, CSU und FDP. Bei der Bundeswehrreform sind Milliarden-Sparversprechen, rabiate Umfangsreduzierungen, die Zerschlagung des Wehrpflicht-Prinzips, Standortschließungen und Verteidigungsminister Guttenbergs wohlfeile Schmähung der deutschen Rüstungsindustrie ganz nach dem Geschmack der Postkommunisten.

Auf einem Podium des Bundeswehrverbandes wurde dieser Tage ein Vertreter der Linken gefragt, wie klein denn seiner Meinung nach die (schon von 500.000 auf 250.000 Soldaten geschrumpfte) Bundeswehr noch werden solle, wie weit seine Partei denn, bitte, abrüsten wolle. Der Kollege zog sich elegant aus der Affäre: »Etwa so viel wie der Guttenberg« war seine Ansage.

Sebastian Nawrat

Das soziale Gewissen der Liberalen

Die Landtagswahl in NRW hat gezeigt: Die SPD wünscht sich zwar einerseits die FDP als Koalitionspartner, hat aber andererseits in programmatischer Hinsicht Vorbehalte. Will die Sozialdemokratie aber ihre Koalitionsoptionen erweitern, benötigt sie dann nicht mehr Souveränität und Sicherheit im Umgang mit den Freien Demokraten?

FDP-Chef Guido Westerwelle machte vor wenigen Monaten mit Warnungen vor »sozialistischen Zügen«, »anstrengungslosem Wohlstand« und »spätromischer Dekadenz« auf sich aufmerksam. Mit derlei Äußerungen deutet sich an, um was es den treibenden Kräften der schwarz-gelben Koalition geht: Sieht man einmal von der



Sebastian Nawrat

(* 1981) ist Historiker. Er promoviert über die wirtschafts- und sozialpolitische Programmdebatte der SPD von 1982 bis zur Gegenwart. Z.Zt. am Zentrum für Niederlande-Studien der Universität Münster.

sebastian.nawrat@gmx.de

handfesten Klientelpolitik in den ersten 100 Tagen (Stichwort »Mövenpickpartei«) und den Lockerungsübungen gegenüber den Grünen (Stichwort »Atomkraft«) ab, tauchen altbekannte marktliberale Forderungen im Programm der Koalition auf. Ginge es nach der FDP, so wären Steuer-senkungen nebst *flat tax* und einer Kopfpauschale das Gebot der Stunde. Die öffentliche Hand in Bund, Ländern und Kommunen würde weiter verarmen, demokratisch legitimierte Politik gegenüber der Ökonomie chronisch geschwächt. Das neue Kriterium zur Leistungsgewährung wäre nach den Vorstellungen der FDP eine individuelle, zumal zu überprüfende Bedürftigkeit, deren Kompensation über Steuermittel je nach Haushaltslage erfolgen könnte. Was aber hat gönnerhafte Caritas mit den einklagbaren Rechtsansprüchen des Staates in einer sozialen Marktwirtschaft zu tun?

Westerwelle als Sündenbock für die Agenda 2010?

Die SPD hat kritisch Stellung bezogen, nicht nur zu den Äußerungen des liberalen Vizekanzlers. Das muss und soll sie tun.

Man kann der SPD im Kontext der von Westerwelle angestoßenen Debatte förmlich ansehen, wie heilfroh sie ist, endlich mal wieder unbelastet in die Rolle der Hüterin des Sozialstaates schlüpfen zu dürfen. Fast so, als hätte es die Agenda 2010 und die davor liegende Übernahme von programmatischen Versatzstücken aus der marktliberalen Ära durch die SPD niemals gegeben, wurden die sozialpolitischen Trompeten geblasen. Ein heimlicher Wunsch mancher sozialdemokratischer Strategen schien nach Westerwelles Äußerungen kurzfristig aufzugehen. Plötzlich hatte sich die schwarz-gelbe Koalition mit den unliebsamen Sozialreformen der rot-grünen Vorgängerregierung auseinander zu setzen um diese nötigenfalls zu korrigieren. Im

Kern haben CDU/CSU und FDP sie aber weiter zu vertreten und zu vermitteln. Das vielfach beschworene »Vermittlungsproblem« der Agenda 2010 durfte die SPD im Vorfeld der wichtigen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen einstweilen an die Regierung Merkel/Westerwelle abtreten. Was konnte der Sozialdemokratie besseres widerfahren, als dass die FDP als Sündenbock für die negativ besetzten Aspekte der Schröderschen Reformen einspringt, indem ihr Personal eine derartige Debatte anstößt?

Appell an das liberale Gewissen und Gedächtnis

Neben deutlicher Kritik und klammheimlicher Freude gibt es aber noch eine weitere Handlungsvariante für die SPD, die sie nicht außer Acht lassen sollte. So hätte eine Konfrontation der FDP mit ihrer Beteiligung an politischen Entscheidungen, die zu einem Ausbau des Sozialstaates in der Bundesrepublik führten, durchaus ihren Charme. Verfolgte man diese Strategie, so müsste man noch nicht einmal an die sozialpolitische Expansion der sozialliberalen Ära Brandt erinnern. Der Verweis auf die wesentlichen sozialpolitischen Entscheidungen der christdemokratisch geführten Regierungen Kohl und Adenauer würden bereits ausreichen. So stimmten die Liberalen im Zuge der Deutschen Wiedervereinigung der kompletten Übertragung des komplexen Regelwerkes des westdeutschen Sozialstaates auf das Gebiet der ehemaligen DDR zu und machten sich damit gemeinsam mit den großen Sozialstaatsparteien CDU und SPD um den Wohlstand der Rentnerinnen und Rentner in den neuen Bundesländern verdient.

Die Sozialdemokratie könnte zudem spitzfindig darauf verweisen, dass es auch bei den sozialpolitischen Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland eine deutliche Lücke zwischen Rhetorik und praktischer Politik der FDP gegeben hat. Dies war bei-

spielsweise bei der Adenauerschen Rentenreform im Jahre 1957 der Fall, dem wohl populärsten Gesetz, das je in der alten Bundesrepublik verabschiedet wurde. Um es vorweg zu nehmen: Die FDP verzichtete im Bundesrat auf eine Blockade des Vorhabens und verhalf den Rentnerinnen und Rentnern zu einer Teilhabe am »Wirtschaftswunder«.

Die FDP lehnte zwar, so berichten es sämtliche Überblicksdarstellungen zur Geschichte der Bundesrepublik, die Rentenreform im Bundestag geschlossen ab. Sie warnte damals vor einem nicht finanzierbaren Ausbau des Wohlfahrtsstaates zu Lasten der Eigenvorsorge, vor einer Inflation und mokierte, dass alles zum Kollektiv drängte. Da allerdings die Zustimmung des Bundesrates am 8. Februar 1957 einstimmig erfolgte, kann von einer freidemokratischen Billigung der Rentenreform ausgegangen werden. Denn wenn es der FDP wirklich ernst gewesen wäre, hätten die 1956 in die Opposition gewechselten Liberalen über den Bundesrat zumindest eine Möglichkeit gehabt, das Vorhaben zu blockieren. Die Freien Demokraten waren zum Zeitpunkt der Verabschiedung schließlich mit Ausnahme von Hessen an allen Länderregierungen in verschiedenen Konstellationen als Koalitionspartner beteiligt. Ganz offensichtlich wollte die FDP, die seit der Abspaltung der regierungstreuen Freien Volkspartei (FVP) in schwieriges politisches Fahrwasser geraten war, ihre Beteiligungen an den Landesregierungen nicht wegen einer sozialpolitischen Kardinalfrage in Gefahr bringen. Und selbst wenn die FDP auf breiter Front Koalitionsbrüche angedroht hätte, um zumindest »symbolische« Enthaltungen der von ihr mitregierten Bundesländer zu erreichen, so wäre diese konfrontative Strategie einem Kamikaze-Kommando gleichgekommen. So hätte die FDP über den Bundesrat ihre Zustimmung nur dann verweigern können, wenn sie glaubwürdig damit gedroht hätte, die entsprechenden Länderregierungen zu verlas-

sen. Doch die Verbesserung der finanziellen Lage der Rentnerinnen und Rentner erreichte zumindest im Bundesrat das soziale Gewissen der FDP. Obwohl ein liberales Veto über ihre Beteiligung an den Regierungen der Bundesländer ausblieb, entstand gewissermaßen als Treppenwitz der Geschichte die Legende, die FDP habe geschlossen gegen die Dynamisierung der Rente votiert.

Gemeinsame Verantwortung für den Sozialstaat

Ob sich die FDP bei der Absage an eine Ampelkoalition in Nordrhein-Westfalen im Mai 2005 an ihre damals unter Beweis gestellte staatsbürgerliche Verantwortung erinnert hat, kann hier nicht beurteilt werden. Die geschichtsbewusste Empfehlung an die Sozialdemokratie lautet aber, im Umgang mit den Liberalen eine gemischte Strategie zu pflegen: Dabei ist die Kritik an den Leitbildern der liberalen Sozialpolitik aus der Perspektive der Sozialdemokratie sicherlich gerechtfertigt, aber sie ersetzt noch keine eigenen Vorschläge. Und nur auf das schlechte Gedächtnis der Wählerinnen und Wähler zu setzen und darauf zu vertrauen, die Agenda 2010 in diskursiver Hinsicht endlich los zu werden, würde sich aller Vorrausicht nach rächen, und zwar auch aufgrund des erklärten Ziels der Mehrheit in der SPD, an der facettenreichen Politik der Agenda 2010 trotz einiger Korrekturen im Großen und Ganzen festzuhalten. Denn bloße Kritik wäre kein Königsweg für die SPD, die sich der Verantwortung für das Gemeinwesen in ihrer Geschichte niemals entzog. Gerade wegen des besonderen Auftrags der SPD als »Hüterin des Sozialstaates« wird es erforderlich sein, die Liberalen an ihre historische und tagesaktuelle Verantwortung für den deutschen Sozialstaat zu erinnern und nötigenfalls auch mit ihrem lückenhaften Gedächtnis zu konfrontieren.